

Samstags
gespräch

mit
Heinz Lassowsky,
Geschäftsführer
des Wirtschafts-
fördervereins
„Oder-Spree“ e.V.
Beeskow

Leute, die im Oder-Spree-Kreis wirtschaftlich etwas bewegen möchten, kommen um ihn nicht herum. Heinz Lassowsky ist gefragter Ansprechpartner für all jene, die eine Idee haben, investieren möchten. In Beeskow wird er als der Wirtschaftsexperte der Region gehandelt. Lassowsky selbst hätte es lieber eine Nummer kleiner. „Es gibt viele Leute, die auch in unserer strukturschwachen Region etwas bewirken können. Man muß ihnen nur die Möglichkeit dazu geben, die Kontakte schaffen“, meint der 41jährige. Genau das hat sich Lassowsky zur Aufgabe gemacht. Als Geschäftsführer des Wirtschaftsfördervereins „Oder-Spree“ Beeskow holte er schon so manchen Investor in die Region und hat zum Beispiel Anteil daran, daß ein neues Betonwerk nach Beeskow kam. Seine regelmäßigen Wirtschaftsstammtische führen Vertreter von Industrie, Handwerk und Gewerbe mit Ministern, Staatssekretären und Kommunalpolitikern zusammen. Lassowskys Kontakte sind hochkarätig. Als Abgeordneter der CDU-Fraktion in der letzten, freigewählten DDR-Volkammer war er dabei, als die deutsche Einigung Punkt für Punkt festgemacht wurde. Er kennt viele Minister von einst und von heute.

Mit Heinz Lassowsky sprach unser Mitarbeiter Bernd Röseler.

Manche sagen: Politik verdirbt den Charakter. War das für Sie ein Grund, jetzt ganz vom politischen Geschäft in die Wirtschaft überzuwechseln?

Nein. Politik und Wirtschaft hängen sehr eng miteinander zusammen. Ich halte es für ungemein wichtig, daß Politiker und Wirtschaftschefs ständig miteinander reden. Nur sollten sie nicht versuchen, beides gleichzeitig zu können. Ich denke, man sollte politische und wirtschaftliche Interessen voneinander trennen. Andernfalls kommen beide Seiten zu kurz. Und das wäre fatal. Wir können uns weder farblose Politiker, noch mittelmäßige Wirtschaftsmanager leisten. Ich habe nach der Wende versucht, nach Antworten auf die Frage zu suchen: Was wird in einem einigen Deutschland aus unserer Region, wie kann man ihr helfen? Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß man die Antwort darauf nicht dem Selbstlauf überlassen darf. Wir brauchen eine aktive Wirtschaftsförderung. Die Politik kann und muß dafür die Rahmenbedingungen schaffen, durch Förderprogramme, Sonderabschreibungen und ähnliches. Derjenige, der wie ich Wirtschaftsförderung vor Ort, das heißt in unmittelbarem Kontakt mit den Unternehmen betreibt, der sollte allerdings frei sein von allen parteipolitischen Zwängen.

„Wirtschaftsförderung vor Ort“ – heißt das, daß sich Ihr Verein als eine Art Unternehmensberatergesellschaft versteht?

Absolut nicht. Ein Unternehmensberater kümmert sich um die einzelne Firma. Wir hingegen verstehen uns als Mittler zwischen den Unternehmen, Institutionen, Ämtern und Behörden. Ich will versuchen, das am Beispiel zu erläutern. Immer wenn ich nach der Öffnung der Mauer an den Rhein gekommen bin, mußte ich feststellen, daß man dort mit Städtenamen wie Beeskow, Fürstenwalde oder Guben kaum etwas anfangen konnte. Bestenfalls wußten die Leute noch, daß es auch ein Frankfurt gibt, das an der Oder liegt. Kurz: Man kannte uns ganz einfach nicht, geschweige denn wußte man etwas über Investitionsmöglichkeiten in Ostbrandenburg. Und andersherum: Wenn ein Unternehmer vom Rhein durch unsere Region reiste, wußte er oft nicht, woher er einen Überblick über die Gewerbestruktur in dieser Gegend erhält, oder wie ihm Kontakte vermitteln kann. Diese Aufgabe, Kontakte zu knüpfen, Brücken zu bauen, die für den Wirtschaftsaufschwung ganz wichtig sind, hat unser Verein übernommen.

„Uns geht es besser, als wir uns fühlen“

Mit anderen Worten: Sie holen die Investoren aus der Ferne her, also Wirtschaftsförderung im Großen. Bleibt die Frage, was die heimischen Unternehmen, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden davon haben?

Auch das sind unsere wichtigsten Ansprechpartner. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich viele Kleinunternehmer immer stärker auf die eigenen Sorgen und Nöte zurückziehen.

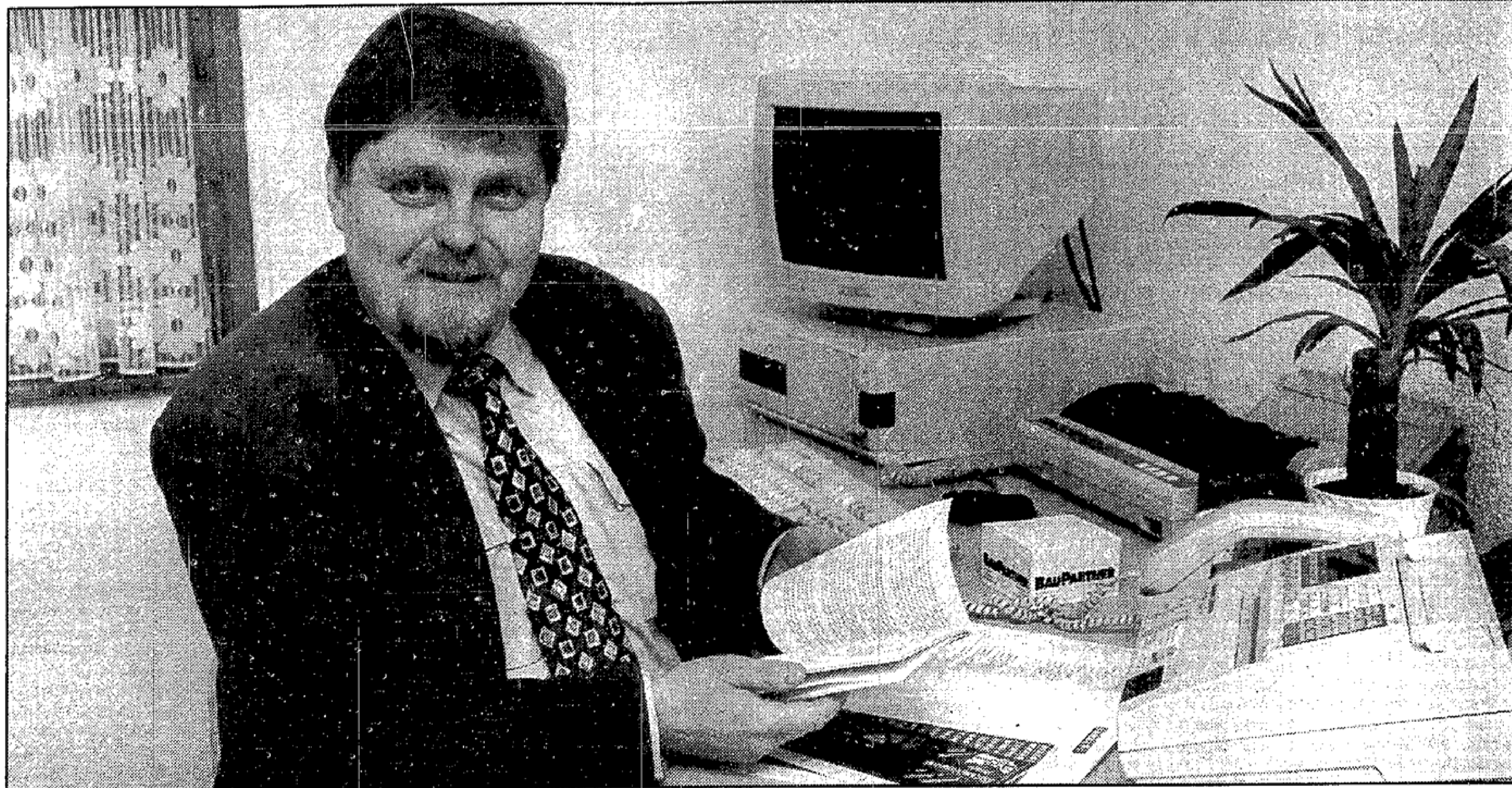
HEINZ LASSOWSKY wurde am 29. Mai 1952 bei Magdeburg geboren. Er erlernte den Beruf des Elektromechanikers, machte sein Abitur und ließ sich danach zum Lehrer für Mathematik und Physik ausbilden. Nach dem Studium kam er 1975 an die Schule nach Altretz im Oderbruch.

Die christliche Erziehung im Elternhaus führte ihn im gleichen Jahr in die CDU. 1980 ließ er sich in Beeskow nieder und wurde dort Kreissekretär der CDU. Mit der Wende engagierte er sich aktiv für politische Veränderungen in der DDR. Daraufhin wurde er im März 1990 in die erste freie Volks-

kammer gewählt. Im Herbst 1990 kandidierte er für den Brandenburger Landtag und unterlag dem SPD-Kandidaten. Im Dezember 1990 gründete Lassowsky den Wirtschaftsförderverein „Oder-Spree“ e.V. Beeskow. Gleichzeitig bekleidet er im Beeskower Kreistag die Funktion des CDU-Fraktionsvorsitzenden. Mit den Kommunalwahlen am

5. Dezember 1993 will er sich aus der Politik zurückziehen und sich ausschließlich um den Verein kümmern, der inzwischen zu einem beachteten Ansprechpartner für Politiker, Industrielle und Gewerbetreibende geworden ist. Heinz Lassowsky ist verheiratet und hat eine 22jährige Tochter und einen 17jährigen Sohn.

Wirtschaft hat immer auch etwas mit Psychologie zu tun



Heinz Lassowsky ist Geschäftsführer des Wirtschaftsfördervereins „Oder-Spree“ e.V. Beeskow

MOZ- Foto: Siegfried Jur

Probleme werden oft so lange unter der Decke gehalten, bis es wirklich kracht. Dabei hilft oft schon ein Gespräch mit Kollegen oder der Kontakt zu einem Kommunalpolitiker, um manches in Bewegung zu bringen. Wir versuchen das zum Beispiel über unsere Wirtschaftsstammtische zu arrangieren. Vielen hilft es schon, wenn sie sehen, daß der Konkurrent ähnliche Sorgen hat, wie man selbst, um neuen unternehmerischen Mut zu fassen. Gerade der ist im Moment unheimlich wichtig. Mir scheint, daß wir derzeit durch das ständige Auflisten der Probleme der Wirtschaftsaufschwung zusätzlich hemmen. Wirtschaft hat immer etwas mit Psychologie zu tun. Wenn den Leuten pausenlos gesagt wird, wie schlecht es ihnen gehe, dann führt das nicht zu dem Motivationsschub, den wir brauchen. Dabei sind die Ostdeutschen noch in einer sehr guten Lage – verglichen mit anderen ehemals sozialistischen Ländern. Ich komme gerade aus der Ukraine. Wenn man sieht, wie die Menschen dort um die blanke Existenz kämpfen, dann relativieren sich viele unserer Sorgen sehr schnell. Unser Grundproblem ist doch, daß es vielen heute objektiv besser geht, als noch vor einigen Jahren. Subjektiv fühlen sie sich aber schlechter.

Angesichts der vielen Unwägbarkeiten des Alltags ist das doch aber zu verstehen. Denken Sie nur an die Dauerdiskussion um die Zukunft des EKO in Eisenhüttenstadt oder an den Streit um das ehemalige Bodenreformland. Mancher Bauer hatte seine Zweifel, ob es überhaupt noch lohnt, den Acker zu bestellen.

Sicher, diese Ungewißheit ist schlimm. Noch schlimmer ist, daß sie zum Teil selbst gemacht wird. Politiker in allen Lagern haben daran schuld. Anstatt ein Problem zu lösen, wird heute vieles ausgesessen und zerredet. Niemand traut sich, eine Entscheidung zu treffen. Nehmen wir nur das Bangen um das EKO. Die Privatisierungsentscheidung wurde Monat um Monat verschoben, weil die EG-Kommission zu keinem klaren Ja oder Nein kam. Die Folge ist, daß der Wirtschaftsaufschwung in der gesamten Region stagniert. Alle warten ab, keiner investiert. Auf diese Art und Weise kann man eine Region sich „kaputtwarten“ lassen. Wirtschaft braucht Entscheidungen. Wo die fehlen, ruht alles. Selbst eine Entscheidung gegen etwas wäre besser als gar keine Entscheidung. Man könnte dann wenigstens anfangen, nach Alternativen zu suchen – so schwierig und schmerzhaft das auch werden würde.

Ähnlich sieht es ja auch beim derzeitigen Streit um die Lausitzer Braunkohle aus ...

Genauso ist es. Die wechselnde Haltung der Landesregierung zur Kohle führte dazu, daß

heute kein Lausitzer Kumpel mehr weiß, woan er eigentlich ist. Einmal reden alle vom Ausstieg aus der Kohle und vom schrittweisen Umstieg auf umweltfreundlicheres Erdgas. Dann soll das Dorf Horno wegen der Kohle weggebagert werden. Ein neues Braunkohlekraftwerk ist im Gespräch. Gleichzeitig sagt der Umweltminister, die Luftqualität in Brandenburg soll sich weiter verbessern. Ich frage mich, welcher Investor angesichts solchen

Unternehmen, die in strukturbestimmende Branchen investieren wollen, häufig nichts mehr übrig. Bestes Beispiel für die sinnlose Verwendung von Fördermitteln ist die geplante Daimler-Benz-Ansiedlung bei Ludwigfelde. Hier wurden Millionen in den Sand gesetzt. Am Ende will die Landesregierung auch noch viel Geld für den Rückkauf des Ackerstücks von dem Unternehmen zahlen.

Bei Bund und Land mahnen Sie Mißstände nur an, können Sie auf kommunaler Ebene etwas mehr bewirken?

Ich denke schon. Ganz einfach, weil hier die Wege kürzer sind. Mit unserem Wirtschaftsförderverein ist es uns gelungen, wichtige Unternehmen des Territoriums mit Kommunalpolitikern, Ämtern und Behörden regelmäßig an einen Tisch zu bringen. Auf diese Weise konnten wir erreichen, daß mancher Bauantrag schneller als sonst üblich genehmigt wurde, manche Förderrichtlinie „großzügiger interpretiert“ wurde, um eine geplante Investition in Angriff zu nehmen. Mitunter haben wir es auch geschafft, Leute, die kaum Eigenkapital haben, von einem Projekt abzuhalten, das ihren sicheren wirtschaftlichen und persönlichen Ruin bedeutet hätte. Das ist uns gelungen, weil auch die Wege zu Kreditgebern wie Banken und Sparkassen sehr kurz sind. Glücklicherweise hat in dieser Frage auch bei den Banken ein Umdenken eingesetzt. Sie geben Kredite heute nicht mehr so leicht, wie noch vor ein oder zwei Jahren.

Sie gehörten zu jenen Volkskammerabgeordneten, die schon im Sommer 1990 – also früher als viele andere – gemeinsam mit der DSU-Fraktion für eine sofortige deutsche Wiedervereinigung gestimmt hatten. Sehen Sie angesichts der wirtschaftlichen Probleme heute, mehr als drei Jahre später, diese damalige Eile immer noch als gerechtfertigt an?

Zu der Entscheidung stehe ich uneingeschränkt. Die DDR war damals wirtschaftlich am Ende, die Kassen waren leer. Und das politische Klima im Land war explosiv. Der Zug in Richtung Wiedervereinigung rollte – ob wir das nun wollten oder nicht. Mir wurde das spätestens bei einer Sitzung der CDU-Volkskammer-Fraktion im Mai 1990 klar. Sie fand im Hause des ehemaligen Zentralkomitees der SED statt. Als Gast war Bundeskanzler Helmut Kohl gekommen. Nur ein Stuhl im Präsidium war für ihn frei. Ironie der Geschichte: Auf ihm hatte früher immer Honecker gesessen. Kohl nahm Platz und nicht nur mir war klar, daß die Weichen für die Wiedervereinigung längst gestellt sind. Sicher, heute weiß ich auch, daß wir bei der Herstellung der deutschen Einheit manchen Fehler gemacht haben. Zum Beispiel der für alle gleiche Umtauschkurs von 1 zu 2. Die Bürger waren froh darüber. Aber viele Unternehmen leiden darunter. Ihren Altschuldenberg können sie kaum abbauen. Doch es ist müßig, heute lange die Fehler von damals zu bejammern. Die Situation war damals ernst. Und schaut man sich die Welt von heute an, so denke ich, können wir froh darüber sein, die Chance der Wiedervereinigung damals wahrgenommen zu haben.

51 000 Brandenburger meldeten Gewerbe an

Wirtschaftsfördervereine und -unternehmen aus ganz Brandenburg werben aktiv für eine breite Ansiedlung von Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsunternehmen im Land.

275 Firmen sind in den vergangenen zweieinhalb Jahren hier heimisch geworden. Das geht aus einer Statistik des Potsdamer Wirtschaftsministeriums hervor.

51 000 Brandenburger meldeten von 1991 bis 1993 ein Gewerbe an. Auf diese Weise sind 15 000 neue Arbeitsplätze entstanden. In nahezu jedem Kreis sind Wirtschaftsförderer vertreten. Der Beeskower Wirtschaftsförderverein

„Oder-Spree“ e.V. rechnet es sich als sein Verdienst an, daß in den vergangenen Jahren 350 Arbeitsplätze im Kreis geschaffen oder erhalten wurden. Allein 200 sind mit der Ansiedlung der Firma Rheinmetall in Weichensdorf entstanden. Jüngstes Beispiel: Durch Vermittlung von Wirtschaftsförderverein und Arbeitsamt werden in der Schuhfabrik Storkow zwölf neue Arbeitsplätze für Frauen geschaffen.

Ein Hauptanliegen des Vereins ist es, kleinen Existenzgründern die besten Kontakte für einen erfolgreichen Unternehmensstart zu schaffen und ihnen beim Ausschöpfen der zahlreichen verschiedenen Fördertöpfe zu helfen.

Hickhacks bereit ist, zu uns zu kommen. Der Normalbürger schaut schon überhaupt nicht mehr durch.

Bei den Leuten aus Ostdeutschland kommt dann noch erschwerend hinzu, daß sie es nie gelernt haben, mit einem vertretbaren Risiko zu leben. Deshalb braucht sich niemand zu wundern, daß die Stimmung bei uns schlechter ist als die Lage.

„Fördermittel werden leider mit der Gießkanne verteilt“

Hat ein Verein wie Ihrer die Möglichkeit, solchen Erscheinungen entgegen zu steuern? Können Sie etwas gegen politische Entscheidungsarmut und Bürokratisierung tun?

Direkt nicht. Es ist auch nicht unsere Aufgabe. Auf Landes- oder Bundesebene können wir nur immer wieder anmahnen, was uns stört. Zum Beispiel die gegenwärtige Förderpolitik. Viele Mitglieder unseres Vereins – und nicht nur sie – beklagen, daß die Fördermittel häufig nach dem Gießkannen-Prinzip verteilt werden. Jeder bekommt etwas, und wenn das Geld verbraucht ist, gibt es keines mehr. Auf diese Weise bleibt für die wirklich Bedürftigen oder für die

Für welche Veränderungen bei der Vergabe von Fördermitteln plädieren Sie?

Solche Beispiele zeigen, daß es dringend an der Zeit wäre, Fördermittel nach strukturpolitischen Gesichtspunkten auszugeben und die entsprechenden Sicherheiten dafür einzubauen, daß das eingesetzte Geld nicht schon nach kurzer Zeit wieder in die alten Bundesländer abfließen kann. Der zweckbestimmte Einsatz des Geldes für regionale Aufbauprogramme könnte so ein Weg sein. Eigenartigerweise wird er bei vielen Projekten, die das Potsdamer Umweltministerium in Angriff genommen hat, bereits beschränkt – mitunter werden in diesem Bereich sogar zu viele Gelder ausgegeben. Hier ist das ausgereichte Fördergeld konkret an die Reaktivierung bestimmter Landschaften, wie zum Beispiel das Untere Odertal oder den Schutz des Spreewaldes, gebunden. Warum, so frage ich mich, kann man nicht auch strukturschwache Regionen so fördern, zum Beispiel Mittel vorrangig für Gewerbegebiete zur Verfügung stellen, die ein wirtschaftliches Standbein des Gebietes werden könnten. Die jetzigen Förderprinzipien werden viel zu starr und bürokratisch gehandhabt. Das gilt im übrigen für die gesamte Bundesrepublik. Ich fürchte, wenn wir nicht gegensteuern, laufen wir Gefahr, Deutschland als Industriestandort kaputtzumachen.